

Muss ich meinen Privatwagen für Dienstfahrten zur Verfügung stellen? / Unfall auf Dienstfahrten

Beitrag von „fossi74“ vom 3. Mai 2019 19:25

Zitat von O. Meier

Es ist dann nicht legitim, wenn die Kriterien nicht legitim sind.

Aus der Aussage eines SL, dass möglicherweise eine Versetzung anstehen könnte, lässt sich aber schlicht nicht der Vorwurf der Nötigung konstruieren:

Zitat von StGB

- (1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist.
- (3) Der Versuch ist strafbar.

Und eine Versetzung mag legitim sein oder nicht - sie ist juristisch überprüfbar, aber nun mal für einen Beamten kein "empfindliches Übel" im strafrechtlichen Sinne. Hier eine strafbare Nötigung zu konstruieren, ist dermaßen unzutreffend, dass wohl noch eher § 164 StGB (falsche Verdächtigung) diskutabel wäre. Als Beamter muss man mit solchen Vorwürfen doppelt vorsichtig sein.